

KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 184

Wilhelmshaven

November 2002

Wilhelmshaven schlägt zurück!

Die Wilhelmshavener Zeitung geht mit 'Fakten' gegen das Störfeuer aus Hamburg an - Wir bieten den Hamburgern die Stirn!!



Munition

Auf Seite 2 machen wir einen Spaziergang durch die Gökerstraße.

Seit einem halben Jahr hält sich Aida Kleinschmidt schon an der Spitze der WPG! Auf Seite 3 können Sie nachlesen, was wir mit Frau Kleinschmidt so alles beredet haben.

Der FairMarkt in der Rheinstraße läuft gut. Dass der Verein aber auch Probleme hat, erfuhren wir im Gespräch mit seiner ersten Vorsitzenden. Sie können's auf Seite 5 nachlesen.

Auf Seite 6 kündigen wir eine Veranstaltung der Mündigen Bürger zum Thema "Soziale Stadt" an.

Ebenfalls auf Seite 6 geht es um Unterrichtsversorgung und Ausstattung an unseren Schulen.

Etwas polemisch wird es auf der Seite 7: Wir berichten über den Kampf der Wilhelmshavener Zeitung gegen das Hamburger Störfeuer und machen Vorschläge für den zukünftigen Umgang mit den Hamburgern.

Jugendliche aus dem Süden und aus dem Norden unserer Stadt sind auf der Suche nach geeigneten Treffpunkten: Seite 8.

Zum Zankapfel entwickelt sich die Fußgängerzone an der Nordseepassage. Auf Seite 9 stellen wir einen Bürger vor, der seit Monaten unermüdlich für die Einhaltung der Verkehrsregeln kämpft.

Auf Seite 10 gibt es Leserbriefe zu einem Leserbrief.

Über die Publikumsbeschimpfung auf den Tagen der Psychiatrie erfahren Sie auf Seite 11 Genaueres.

Die niedersächsischen Grünen fordern Aufklärung über die Finanzierung des JadeWeserPorts. Die Presseerklärung dazu finden Sie auf Seite 11.

Sternchen und Ratssplitter können Sie auf Seite 12 betrachten.

Meldungen und Termine gibt es wieder quer durchs Heft verstreut.

meldungen

Millionengrab City-Haus?

Über die Mängel und die chaotischen Arbeitsbedingungen im City-Haus haben wir schon des Öfteren im Gegenwind berichtet. Der Personalrat der Wilhelmshavener Stadtverwaltung wies nun in einem Mitte Oktober verteilten Informationsblatt erneut auf die unerträgliche Situation in diesem angemieteten Objekt hin. Wir zitieren in Auszügen:

Trotz zahlreicher Ankündigungen durch den Stadtrat Stoffers ist bisher hinsichtlich der "Zustände" im Cityhaus nichts geschehen. Zwar sickerten Informationen durch, dass Reparaturbedarf in der Größenordnung von mindestens 4,5 Mio. Euro bestehe. Aber da die Stadt als Mieter (!) hierzu 1,5 Mio. Euro beitragen soll, gibt es offenbar Streit. Neulich reiste deswegen der Vermieter aus dem sonnigen Monaco zu einer "Gesprächsrunde" an! Eine Beteiligung des Personalrates wurde abgelehnt...

Warum realisiert man nicht einfach einen Rathausanbau und schafft so zumutbare Arbeitsplätze?

Und weiter hüllt die Verwaltung sich in Schweigen...! Täglich mehren sich aber die Beschwerden über die vorhandenen Mängel im City-Haus, die die Zentralen Dienste scheinbar nur noch notdürftig verwalten.

Wer schützt uns eigentlich vor einer untätigen Verwaltung, für die Arbeitsschutz und Fürsorgepflicht offenbar Fremdwörter sind?

TeamerInnen

für Berufsschultage gesucht! Immer weniger SchülerInnen und Azubis wissen, was Gewerkschaften eigentlich tun. Immer weniger LehrerInnen und AusbilderInnen klären über die Beteiligungsrechte in Betrieben und Ausbildungseinrichtungen auf.

Die DGB-Jugend bietet in Ausbildungsklassen Tagesseminare mit den Themen Demokratie, Aufgaben und Möglichkeiten der Interessenvertretung, Rolle der Gewerkschaften und Mitbestimmung an. Für diese Seminare suchen wir junge Menschen, die Lust und Zeit haben, sie durchzuführen. Auf der bundesweiten Schulung, die vom 24. - 29. November stattfindet, werden methodische, inhaltliche und didaktische Grundlagen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit vermittelt. Die Ausbildung ist kostenlos, für die Durchführung der Seminare wird ein Honorar gezahlt. Wer sich für die Schulung interessiert, kann sich bis zum 13.11.2002 bei der DGB-Jugend unter 0441-21876-14 oder direkt in Hannover unter 0511-16387-28 melden.

Total bekloppt

reagierte Wilhelmshavens Hafenwirtschaft auf die Meldung, dass die Unterabteilung 'Wasserstraßen' des Bundesverkehrsministeriums unter grüner Regie laufen soll. Die Wilhelmshavener Hafenmafia (WHV) befürchtete, dass "durch den grünen Einfluss die Pläne des JadeWeserPorts gefährdet seien". Ineos Chlor Atlantik (früher ICI-Atlantik) verkündete, dass die gesetzlichen Bestimmungen bereits sehr streng seien. Haben diese Leute einmal darüber nachgedacht, wie es zur Katastrophe durch das Hochwasser der Elbe kommen konnte? Für Tharandt medienwirksam spenden, aber die Forcierung der Kanalisierung der Flüsse weiter betreiben, ist wohl das Credo dieser Herren. (hk)

Zivilcourage!

Wegsehen - weitergehen? ist das Thema eines Wochenendkurses der DGB-Jugend OL/WHV vom 01.- 03.11.2002 in Bremen. Wer macht was, wenn Gewalt beobachtet wird? Wie kann ich mich und andere schützen? Was kann ich tun? Soll ich eingreifen? Wie kann ich eingreifen? Diese und andere Fragen werden im Mittelpunkt stehen. Nähere Informationen gibt es unter 04421-180112. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Nachgeschaut

Vor einem Jahr beklagten wir die Verödung der Gökerstraße. Damals hatte u.a. die Schließung des 'extra'-Lebensmittelmarktes die Versorgungssituation für die in Heppens wohnenden Menschen drastisch verschlechtert und mindestens zwei weitere Geschäfts-Wegzüge mitbedingt. Wir schauen mal wieder nach.

Im Oktober hat 'extra' das damals verlassene Ladenlokal, das seither leer gestanden hatte, wieder eröffnet - als Getränkemarkt. Eine Bäckerei ist mit eingezogen. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als täte sich etwas in der Gökerstraße. Bei näherem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass die Situation sich überhaupt nicht verbessert. Geschäfte eröffnen und schließen wieder, Geschäfte ziehen von einem Ladenlokal in ein anderes. Am 23. Oktober feierte das Reformhaus Ecken nach drei Tagen Pause Neueröffnung in neuen Räumen. Der neue Laden liegt genau neben dem alten und ist schön und geräumig. Endlich kann man dort einkaufen, ohne den Einkaufskorb ständig anderen KundInnen in die Rippen zu stoßen. Im alten Laden nebenan, für den noch ein Mietvertrag besteht, ist Werbematerial im Schaufenster ausgestellt. Tatsächlich steht er aber jetzt leer. Und bis vor kurzer Zeit war im neuen Ladenlokal noch ein Fahrradgeschäft, das jetzt verschwunden ist.

Einige Meter weiter in Richtung Kortekreuzung, zwischen dem Eiscafé Del Bianco und dem Second-Hand-Laden Mélange, steht seit Jahren ein Laden leer, und die Geschäftsräume gegenüber, die die Computefirma Vollmer vor längerem verlassen hat, haben auch noch keinen neuen Mieter gefunden.

Zur anderen Seite hin, in Richtung Zedeliusstraße, hat eine Maklerfirma ein großes Ladenlokal geräumt; genau daneben, wo vor einem Jahr die Papeterie Welz sich in Richtung Nordseepassage verabschiedet hat, gammelt noch ein geräumiges Lokal vor sich hin. Und der "Top-Shop" mit seinen Luftballons und Geschenkideen ist sang- und klanglos wieder verschwunden.

Im den nächsten Abschnitten der Gökerstraße, zwischen Zedeliusstraße und Mühlenweg, gibt es auch in regelmäßigen Abständen Neueröffnungen - nur nicht von neuen Geschäften, sondern lediglich nach Umzügen. Da ist ein Wollgeschäft nach nebenan gezogen, und gegenüber ist ein Friseursalon, der vorher etwas weiter nördlich gelegen war. Einige Häuser rechts und links davon: leere Schaufenster. Schade. Die Gökerstraße könnte eine schöne Einkaufsstraße sein. Aber da nicht einmal die Nordseepassage, der diese Stadt offenbar alles zu opfern bereit ist, voll belegt werden kann, braucht man darauf wohl nicht mehr zu hoffen. (noa)

17. Fußballnacht in der Südstadt

Am Freitag, 1. November, findet ab 22 Uhr in der Sporthalle Süd an der Deichbrücke wieder eine Fußballnacht statt. Freizeitmannschaften und sonstige am runden Leder Interessierte können dem Ball nachjagen. Für fetzige Musik, alkoholfreie Getränke und kleine Snacks ist bis zum letzten Abpfiff um 2 Uhr morgens gesorgt.

Eintritt wird nicht erhoben, lediglich hallentaugliche Turnschuhe sind erforderlich. Die Turniersieger und die Spieler der fairsten Mannschaft erhalten Medaillen. Sieger der letzten Fußballnacht war die Mannschaft "Jack Pot" mit Erdal Baysak, Petrit Hajdini, Turik Karadey, Ismet Boss und Pierre Runge. Die Fußballnacht in der Südstadt ist eine Gemeinschaftsveranstaltung des Eisenbahner-Sport-Vereins, des "Mago-Projektes" der Wilhelmshavener Musikinitiative, des Stadtsportbundes und der Stadt Wilhelmshaven mit freundlicher Unterstützung der AOK.

Als Zahlen-Jongleur

ist Stadtrat Frank bekannt. Eine Kostprobe aus dem Finanzausschuss: "Wilhelmshaven ist nahezu schuldenfrei. Die Schulden schlummern als schwarze Zahlen in Rücklagen" - es kommt noch schlimmer: "Wilhelmshaven hat den Vorteil, dass noch in diesem Jahrzehnt der JadeWeserPort und die chemische Industrie für eine positive Gestaltung des Finanz- und Arbeitsmarktes sorgen werden." Da arbeitet der für die Finanzen der Stadt verantwortliche Beamte bereits mit Geldern, für die es noch nicht einmal einen Geldgeber gibt. Doch Wolfgang Frank ist Realist und hat auch Sorgen. Nämlich die, dass es noch eine zweijährige Übergangszeit gäbe. Nur Übergang wohin? Gibt es in zwei Jahren einen JadeWeserPort und einen Chemiepark? Oder woher sprudeln dann die Einnahmen, die Wilhelmshaven schuldenfrei machen? Und so wird Wilhelmshaven, nachdem es alle finanzkräftigen Bereiche abgestoßen hat, schon in den nächsten Jahren wieder im zweistelligen Millionen-Schuldenbereich zu finden sein. Und Wolfgang Frank wird hochdotierter Chef einer Holding sein, die die Einnahmen der Stadt auf ein Minimum reduzieren wird. (hk)



Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak,
Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 4.900 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 30.10.2002

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Ein Gramm Handeln ersetzt eine Tonne Theorie

Was wird aus der Wilhelmshavener Projekt-Gesellschaft? Wir sprachen mit der Geschäftsführerin Aida Kleinschmidt

(iz/hk) "Ein Gramm Handeln ersetzt eine Tonne Theorie." Diese Aussage des deutschen Philosophen Friedrich Engels fanden wir auf einer Internet-Seite der (immer noch) neuen WPG-Geschäftsführerin Aida Kleinschmidt. Sie vermittelte in den Gespräch, das wir mit ihr führten, auch genau diesen Eindruck: "Nur wer weiß, wovon er spricht, ist auch in der Lage, etwas richtig zu machen."

Von den Turbulenzen um die WPG im Zusammenhang mit der Expo möchte Frau Kleinschmidt am liebsten nichts mehr hören. *"Was ich hier vorgefunden habe, war erschreckend. Die Debatten in der Öffentlichkeit, in der die WPG zum Prügelknaben wurde, hatten den Mitarbeitern einen richtigen Knacks gegeben, sie hatten kein Selbstbewusstsein mehr."* Die Schuld für das Debakel im Expo-Jahr 2000 sieht Frau Kleinschmidt eben nicht bei den Mitarbeitern: *"Wir sind ein Dienstleister und führen die Wünsche der Politik aus."* Auch in die Debatte um den unrühmlichen Abgang des Geschäftsführers Rüdiger Kramp möchte sie sich nicht einmischen. *"Die Bücher waren hundertprozentig in Ordnung und seine Arbeit, soweit ich das beurteilen kann, auch."* Für Aida Kleinschmidt ist das Thema Expo am Meer abgeschlossen.

Auf zu neuen Ufern

Frau Kleinschmidt ist jetzt dabei, den Laden gehörig umzukrempeln, oder, wie sie es ausdrückte, die Mitarbeiter so einzusetzen, dass diese eine optimale Leistung erbringen können und gleichzeitig das Gefühl haben, dass es wieder vorwärts geht. Sie meint, dass sich da auch schon die ersten Erfolge zeigen: *"Die Mitarbeiter gehen jetzt mit viel mehr Motivation an die Erledigung ihrer Aufgaben."* Nach ihrem Eindruck wurde das Personal ständig von einer Aufgabe zur anderen geschoben, ohne sich in einem Verantwortungsbereich richtig entwickeln zu können. So z. B. ihre zukünftige Pressesprecherin Frau Beckers, die unser Gespräch begleitete und demnächst durch eine Fortbildung grundlegend auf ihren neuen Wirkungskreis vorbereitet werden soll. Frau Kleinschmidt geht im Übrigen davon aus, dass es bis zum Ende des nächsten Jahres dauern wird, bis die in Gang gesetzten Umstrukturierungen

greifen, bis sie weiß, wo das Unternehmen steht und wozu es in der Lage ist. Und dann wird es richtig losgehen. Die Veränderungen im Inneren zeigen natürlich auch Wirkung nach außen.

Einschneidende Änderungen im Pumpwerk

Vom Pumpwerk, wie wir es bisher kennen, werden wir uns wohl verabschieden müssen, auch wenn Frau Kleinschmidt dies bestreitet. Das Pumpwerk hat in seiner über 20jährigen Geschichte ja schon einige Zäsuren mitmachen müssen.

So wird es auch zukünftig noch das geben, was wir als typisches Pumpwerk-Programm bezeichnen: Kleinkunst, Jazz, Rock, spezielle Veranstaltungen, z.B. für Behinderte. Es wird aber daneben Veranstaltungen geben, die dem 'Mainstream' huldigen. *"Das Geld fürs Pumpwerk muss ja verdient werden - und da wird es zukünftig eben auch Veranstaltungen der großen Agenturen geben, auch wenn diese nicht ins bisherige Konzept des Pumpwerks passen"*, beschreibt Frau Kleinschmidt eine der zu erwartenden Veränderungen. Sie kann sich auch vorstellen, das Pumpwerk für Betriebsfeste u.ä. zu öffnen, wenn die Kasse stimmt. *"Kultur gibt es nicht zum Nulltarif - sie muss sich rechnen"*, erläutert sie die Zwänge, in denen die WPG steckt. Und weiter: *"Sie dürfen nicht vergessen, dass in der Stadt einige gern weniger Pumpwerk sehen würden"*.

Bisher war es möglich, dass auch finanziell schwache Gruppen (Bürgerinitiativen u.ä.) das Pumpwerk nutzen konnten - doch auch diese werden jetzt zur Kasse gebeten. Frau Kleinschmidt will vor Jahresende ein Konzept für ein zweigleisiges Modell vorlegen, in dem zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung preislich unterschieden wird. Unseren Einwand, dass eine

Bürgerinitiative sich dann das Pumpwerk wohl nicht mehr leisten könne, wischte Frau Kleinschmidt mit dem Hinweis auf das weite, in Deutschland und gerade in Wilhelmshaven noch weitestgehend unbeackerte Feld des Sponsoring vom Tisch. Sie fordert da mehr Einfallsreichtum von den Gruppen.

Ihre Ankündigung, dass das Pumpwerk sich für alle Gruppen öffnen müsse, ließ einigen Mitarbeitern die

Kinnlade runterklappen. Die aus Sarajewo stammende Geschäftsführerin schränkte diese Aussage dann allerdings etwas ein: *"Ich bin eine Ausländerin - und es wird unter meiner Leitung keine Veranstaltungen mit ausländerfeindlichen Gruppen geben."* Sie würde dafür sogar ihren Posten zur Disposition stellen, wie sie uns gegenüber versicherte.

Unklar blieb in dem Gespräch die Rolle des bisherigen Pumpwerk-Teams. Helmut Bär war bekanntlich 1992 zum Veranstaltungsleiter der WPG (damals noch Freizeit GmbH) aufgestiegen und sorgte z. B. mit neuen Ideen für eine andere Ausrichtung des Wochenendes an der Jade. Jetzt ist er wieder Veranstaltungsleiter des Pumpwerks. Unsere Frage, ob er damit der 'Chef' von Tasso Olbertz und Stefan Leimbrinck ist, verneinte Frau Kleinschmidt. Sie beschrieb seine Aufgabe mit *"wirtschaftlicher Verantwortung"*. Daneben wird er den Bereich Kleinkunst im Pumpwerk organisieren. Für Frau Klein-



schmidt ist er damit *"optimal"* eingesetzt.

Wir werden die Entwicklung des Pumpwerks natürlich genau beobachten und sind uns sicher, dass wir damit noch so einige Seiten künftiger Gegenwinde füllen werden.

Wochenende an der Jade

Auch hier kündigt die quirliche WPG-Chefin Veränderungen an. Das Wochenende an der Jade 2003 wird wieder mit einem festen Thema und einem Gastland aufwarten. Im Wilhelmshavener Jubiläumsjahr (Jadevertag) wird aus naheliegenden Gründen Dänemark in Wilhelmshaven zu Gast sein. Das in diesem Jahr ins WadJ integrierte Gauklerfest ist in der Menge ziemlich untergegangen - dafür soll ein anderer Standort gefunden werden.

Das Wochenende an der Jade sieht Frau Kleinschmidt als **das Fest der Wilhelmshavener** an - und dazu will sie es wieder machen.

Küstenmuseum

Die Altlasten des jahrelangen Hickhacks um inhaltliche Ausstattung und Geschäftsführung sind Frau Kleinschmidt bekannt. Wie sie einräumte, war der GEGENWIND - auch in Bezug auf den Rest der WPG - ihre ergiebigste Informationsquelle, die sie auch weiterhin nutzen wird. Sie pflichtete der häufigen Kritik an der Wal-Ausstellung bei (deren Uversion in der Torpedowerft sie nicht kennen gelernt hat). Diese sei zwar ganz angemessen, aber sehr teuer im Unterhalt, z. B. für Beleuchtung, und mit dem, was die Firma Milla & Partner dafür kassiert hat, ist sie auch nicht einverstanden. Zum neuen Leiter des Küstenmuseums, der am 1. Januar 2003 sei-

UNTERJEGG
REISEAUSRÜSTUNGS GMBH
OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!
Nur echt in der **NORDSEE PASSAGE**
WILHELMSHAVEN
Tel: 04421-994287 Fax 994288

nen Dienst antritt, hat Frau Kleinschmidt jetzt schon intensiven Kontakt und versorgt ihn regelmäßig mit den nötigen Informationen. Bisherigen Äußerungen zufolge steht er positiv zum Konzept des Historischen Arbeitskreises des DGB (der bereits ein Kernstück der zukünftigen Ausstellung konzipiert und hergestellt hat). Frau Kleinschmidt teilt diese Auffassung, möchte aber den Entscheidungen des neuen Leiters nicht vorgreifen. In diesem Zusammenhang eröffnete sie, dass auch sie als WPG-Geschäftsführerin seine geöffnete Dienstpost lesen wird. (Dies war ein Kritikpunkt, den die gewesene Leiterin des Küstenmuseums, Beate Bollmann, gegenüber der Interims-Geschäftsführerin Verena Powolik geäußert hatte. Frau Bollmann hatte dies und weitere Vorkommnisse als Vertrauensbruch empfunden und nach nur sechs Wochen den Job hingeschmissen.) Für Frau Kleinschmidt ist es selbstverständlich, dass es keine Geheimnisse unter den WPG-Mitarbeiter/innen geben darf; auch Briefe an sie persönlich, selbst wenn diese mit "vertraulich" gekennzeichnet sind, würden durch die offene Dienstpost gehen.

JadeWeserPort-Cup

Auf unsere Frage, ob die WPG im nächsten Jahr den JadeWeserPort-Cup organisieren wird, antwortete Frau Kleinschmidt: *"Im Wirtschaftsplan 2003 gibt es keinen Titel JadeWeserPort-Cup. Was nicht heißt, dass wir uns nicht einbringen können. Wir könnten das allerdings nur in Form der Dienstleistung machen. Das heißt: Für das, was wir tun, müssen wir bezahlt werden. Wenn es im nächsten Jahr heißt, dass wir das machen sollen, dann machen wir das."*

Campingplatz

Ob es einen neuen Campingplatz in Wilhelmshaven geben wird, konnte Frau Kleinschmidt nur mit dem Satz *"Zurzeit nein"* beantworten. Es sind 7 mögliche Plätze geprüft worden, wobei nur ein einziger Platz bedingt tauglich ist. Der wird noch mal überprüft und durchgecheckt - aber im Moment gibt es keinen Alternativplatz. Für das Jahr 2003 steht der Platz am Geniusstrand noch voll im Programm, und für 2004 wurde von der Verwaltungsseite ebenfalls grünes Licht für die Vermietung gegeben. Was 2005 sein wird, lässt

Eisenstein

sich momentan noch nicht abschätzen.

An der Entscheidung, das mittlerweile international renommierte Filmfestival zu kippen, war Frau Kleinschmidt noch nicht beteiligt; die soll bereits Ende letzten Jahres gefallen sein. Es klang jedoch, als sei die Veranstaltung für sie noch nicht ganz vom Tisch, d. h. durchaus wiederzubeleben, wenn die entsprechenden Geldmittel vorhanden seien.

Ausblick oder: Nomen est omen?

Aida Kleinschmidt ist der Prototyp der modernen Karrierefrau: hochintelligent, selbstbewusst, kreativ, positiv denkend, bestens ausgebildet (als Grafikerin in der Werbebranche und als Betriebswirtschaftlerin) und fest entschlossen, etwas zu bewegen. Und bereit, die Zähne, die sie oft beim Lachen zeigt, auch allen zu zeigen, die sich ihr in den Weg stellen - und sie mal zusammenzubeißen, wenn es sein muss. Das lässt hoffen, dass die rasche Fluktuation in der WPG-Geschäftsführung vorerst ein Ende hat und sich wieder ein roter Faden entwickelt. Wir

möchten einen Kasten Bier verwetten, dass sie der Stadt so mindestens vier, fünf Jahre erhalten bleibt (wenn man sie denn lässt).

Vielleicht auch länger - aber zu diesem Typ gehört auch die Flexibilität und Ungebundenheit, wenn es darum geht, sich beruflich weiterzuentwickeln.

Und dazu gehört auch eine gewisse kühle Sachlichkeit, bei der der Betrieb als persönliche Erfolgsstory im Mittelpunkt steht. Wo sich das Gefühl aufrängt, dass die Mitarbeiter weniger aus menschlichem als eher betrieblichem Interesse gehätschelt werden. Das ist der Mainstream moderner Betriebsführung - und im Falle der WPG momentan vielleicht die einzige Möglichkeit, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Bei den oben aufgeführten Attributen fehlt noch: durchaus sympathisch - mit der könnte man auch Pferde stehlen oder ein Bier trinken. Und sei es der Kasten Pils, den wir verlieren, wenn Aida - freiwillige Sklavin des Wilhelmshavener Kultursesehens und gleichzeitig ihre Königin - wider Erwarten hier Wurzeln schlagen sollte. □

Das war's dann wohl!?

Wie sagte Aida Kleinschmidt? *"Sie dürfen nicht vergessen, dass in der Stadt einige gern weniger Pumpwerk sehen würden". Nun war das Pumpwerk in früheren Zeiten ja auch schon konservativen Kommunalpolitikern ein Dorn im Auge. Rückblickend kann*

man das aus ihrer Sicht nachvollziehen - war das Pumpwerk doch der zentrale Anlaufpunkt für Friedens-, Umwelt-, Antifa-Gruppen; ausländische Kulturvereine trafen sich hier neben dem politischen Wilhelmshaven-Forum und noch so allerlei anderen oppositionellen Kräften.

Dieses Problem für Wilhelmshavens Politiker löste sich beinahe von selbst: Die Bewegungen gingen mangels Masse ein und konnten sich größtenteils in jeder Telefonzelle versammeln. Durch die Umstrukturierung 1992 verließen dann auch die letzten Überreste dieser Initiativbewegungen das Pumpwerk - man traf sich dann eben in der Perspektive, im Infoladen, in der Lesestube oder sonst wo. Nur für Veranstaltungen stand das Pumpwerk immer noch allen Gruppen offen, was dann auch genutzt wurde.

Doch warum ist das Pumpwerk heute den Politikern ein Dorn im Auge? Etwa die 'party4u' - eines der wenigen Highlights in der Kriminalitätsprävention? Oder Theaterstücke zu Themen wie Jugend, Rassismus und Gewalt? Stört jemanden die Behindertendisko? Das kann es eigentlich alles nicht sein! Das Pumpwerk ist nicht unpolitisch - aber es ist auch kein Hort, von dem irgendwelche umstürzlerischen oder sonst wie gearteten Aktivitäten zu befürchten sind. Wenn es keine Erklärung mehr gibt, dann gibt es dennoch immer noch eine: Es kann nur das Geld sein. Aber kann es angehen, dass die Stadt Wilhelmshaven das Pumpwerk nach ausschließlich betriebswirtschaftlichen Gründen geführt wissen will? Gibt es in dieser Stadt denn nicht mehr einen Politiker, der sieht, welche wichtigen Aufgaben das Pumpwerk in Wilhelmshaven wahrnimmt?



Gibt es hier keinen Politiker mehr, für den Kultur mehr bedeutet als Karl Moik und Herbert Grönemeyer und schwarze Zahlen in der Bilanz? Eine kommerzielle, konzeptfreie Veranstaltungshalle gibt es bereits: die Stadthalle. Brauchen wir eine zweite?

Wie kurzsichtig die Politiker sind, die das Pumpwerk mit in die harte betriebswirtschaftliche Mühle der WPG einbezogen haben, lässt sich an wenigen Beispielen belegen. Wenn es nicht mehr möglich ist, Veranstaltungen wie 'party4u' zu machen (hier treffen sich jedes Mal mehrere hundert Kinder und Jugendliche gerne vornehmlich aus dem 'sozialen Brennpunkt' Südstadt, um ohne Alkohol, Nikotin, Marihuana... zu feiern), wenn der Verein der Türken, der Spanier, der Serben oder der Wolgadeutschen kein Kulturfest im Pumpwerk mehr durchführen kann, weil die Gebührenordnung es unmöglich macht, dann wird das Pumpwerk in kürzester Zeit auf die (nicht unbeträchtlichen) Gelder aus den Töpfen zur Förderung der sozio-kulturellen Zentren verzichten müssen.

Mit dem 'Eisenstein' (früher Maritime Filmtage) hatte man in Wilhelmshaven ein Kurzfilmfestival etabliert, welches weltweit Beachtung gefunden hatte. Es wurde einfach gestrichen. Doch was wurde da gestrichen? Wilhelmshavens Beitrag mag bei 30.000 DM gelegen haben - aber es kamen Fördergelder in fast dreifacher Höhe in die Stadt! Wenn unsere Politiker schon kein Kulturverständnis mehr haben, sollten sie doch zumindest rechnen können! Oder haben alle inzwischen einen Container vorm Kopf? Und nicht zuletzt: Dem Pumpwerk ist es zu verdanken, dass unsere Stadt weit über die regionalen Grenzen, sogar weit über nationale Grenzen einen Namen hat. Das Pumpwerk ist mehr wert als ein Dutzend millionenschwerer Imageförderprogramme - das Pumpwerk bestimmt in vielen Bereichen das Image unserer Stadt! Die Umsetzung der politischen Vorgaben obliegt der WPG und damit Aida Kleinschmidt. Von ihr erwarten wir, dass sie mit dem Pumpwerk anders umgeht, als wäre es irgend ein betriebswirtschaftlich bewertbares Objekt.

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,05 %** bei

100 % Auszahlung

Zinsfestschreibung: 10 Jahre

anfänglich effektiver

Jahreszins: **5,17 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Stand: Oktober 2002

FairMarkt = Faire Preise

Der FairMarkt ist auf der Suche nach einem LKW

(hk) In den letzten Monaten hat sich der FairMarkt weiterentwickelt. Inzwischen kann man dort beinahe alles bekommen, was man/frau so benötigt, um zu wohnen und sich zu kleiden. Wir sprachen mit Hildegard Korell, der 1. Vorsitzenden des Vereins "Wilhelmshavener helfen" über das Konzept des FairMarktes und natürlich auch über die Probleme, mit denen der Verein zu kämpfen hat. Die kleinen Freuden, die die Arbeit mit sich bringt, kamen aber auch nicht zu kurz.

Gegenwind: Wer darf bei euch kaufen?

Hildegard Korell: Grundsätzlich kann jeder bei uns kaufen, egal ob Obdachlose oder Millionärin. Mit uns kann man auch handeln, Bedürftige erhalten mehr Nachlass, es gibt ständig was umsonst, z.B. Kleidung, Geschirr, Bücher, Möbel. Trotzdem sind wir auch angewiesen auf "Otto Normalverdiener", ohne ihn könnte der FairMarkt nicht existieren. Wir haben viele StammkundInnen, die nicht bereit sind, jeder Modetorheit hinterherzurrennen und die sich freuen, bei uns ein Schnäppchen zu machen.

Wie viele MitarbeiterInnen habt ihr?

Zur Zeit ist die Personaldecke sehr dünn. 1,5 feste Arbeitsplätze finanzieren wir durch den Verkauf. Zwei Vollzeitkräfte konnten wir nach Ablauf staatlich geförderter Maßnahmen nicht weiter beschäftigen. Drei zuverlässige ehrenamtliche MitarbeiterInnen haben ihre Tätigkeit aus beruflichen bzw. gesundheitlichen Gründen aufgeben müssen. Im Moment müssen wir die Arbeit mit einigen Hilfskräften und Ehrenamtlichen bewältigen. Urlaub und Krankmeldungen führen zu mittleren Katastrophen und überfordern gelegentlich alle MitarbeiterInnen.

Warum verschenkt ihr die Sachen nicht?

Wir haben erhebliche Gelder für Miete incl. Nebenkosten, Personalkosten, Transportkosten, seit diesem Jahr u.a. auch noch 16% Umsatzsteuer, aufzubringen. Wir erhalten keine finanzielle Unterstützung von der Stadt. Außerdem haben wir die Erfahrung gemacht, dass einige Mitmenschen denken, was nichts kostet, ist auch nichts wert. Beschenkt bzw. unterstützt werden von uns in erster Linie gemeinnützige, soziale Einrichtungen (Schulen, Kindergärten) bzw. karitative Vorhaben (Tharandt, Afrika, Russland).

Woher bekommt ihr die Sachen?

Es handelt sich ausnahmslos um Sachspenden, die die Wilhelmshavener Bevölkerung uns kostenlos überlässt. Das geht von Kinderkleidung, aus denen die Kleinen heraus-

gewachsen sind, über Bücher, die nach einmaligem Lesen weggegeben werden, bis hin zu kompletten Haushaltsauflösungen.

Was macht ihr mit den gespendeten Sachen? Wie ist deren Qualität?

Die Spenden werden gesichtet, aussortiert, geputzt, ggf. gewaschen, repariert, gezählt, geschätzt, mit Preisen versehen und verkauft. Die Qualität der Sachen ist sehr unterschiedlich. Es gibt gut erhaltene, neuwertige Gegenstände, aber leider auch Müll. Einige missbrauchen uns als kostenlose Entsorgungsstation z.B. für defekte Kühlschränke oder Fernseher. FairMarkt und Möbellager wurden inzwischen durch engagierte MitarbeiterInnen gut sortiert und liebevoll gestaltet. Da macht das Stöbern richtig Spaß!



Seit gut eineinhalb Jahren gibt es zusätzlich zum FairMarkt in der Rheinstraße ein Möbellager im Textilhof. Wie sind eure Erfahrungen damit?

Das Möbellager wird gut angenommen, bereitet uns aber gleichzeitig viele Kosten und Probleme. Die Eigentümerin überlässt uns die Räumlichkeiten zu einer sehr geringen Miete, hat aber die Heizung wegen zu hoher Betriebskosten abgestellt. Wir wissen noch nicht, wie sich Kälte und evtl. Feuchtigkeit auf die Möbel auswirken. Die Auswirkungen auf die dort überwiegend ehrenamtlich Tätigen kann man schon spüren. Die Suche nach anderweitigen großen, bezahlbaren Ladenlokalen im Innenstadtbereich war bisher erfolglos.

Ein weiteres Problem stellt der Transport der Möbel dar. Leider reichen die Einnahmen nicht zur Beschaffung und Unterhaltung eines eigenen Fahrzeugs. Ein befreundeter Verein, der uns bis zur Jahresmitte einmal wöchentlich mit einem LKW ausgeholfen hat, sieht sich wegen Eigenbedarfs dazu nicht mehr in der Lage.

Das dritte Problem bereitet die unzureichende Personalsituation. Das Arbeitsamt hat uns eine AB-Maßnahme für einen Tischler genehmigt, diese Stelle konnte aber erst in dieser Woche besetzt werden. Etwa 3/4 der geschickten Bewerber hatten schwerwiegende Rückenprobleme bzw. keinen Führerschein. Andere wollten die Stelle wegen der geringen Bezahlung nicht oder hatten keinerlei Er-



fahrung mit Möbeln. Dass Bedarf an gut erhaltenen Gebrauchtmeubeln vorhanden ist, bestätigen uns SozialhilfeempfängerInnen immer wieder.

Was plant ihr für die nähere Zukunft?

Wir wollen bis zum Jahresende wieder eine Sonderaktion für Bedürftige durchführen. Anders als beim letzten Mal beschränkt sich die Aktion auf den Möbelmarkt. Dort werden Möbel, Lampen, Vasen, Teppiche, Bilder, Bücher, Tischwäsche usw. mit bis zu 50% Ermäßigung an Einkommensschwache abgegeben.

Warum müssen Bedürftige sich ausweisen?

Wir wollen sicherstellen, dass von diesen Preisnachlässen wirklich die finanziell benachteiligten MitbürgerInnen profitieren und nicht Sammler und Händler.

Was wünscht ihr euch für das kommende Jahr?

Viele engagierte MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen sowie ein Fahrzeug.

Wir hoffen, dass die Wünsche sich erfüllen, und danken für das Gespräch. □



Wilhelmshavener helfen e.V.

FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88

Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 14 Uhr

Möbellager

im Textilhof Ulmenstraße

Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

Soziale Stadt - was nun?

Vorträge und Diskussionen über Sanierungsgebiet

(hr) Die Initiative "Mündige Bürger Wilhelmshaven" lädt Einwohner der Südstadt und Interessierte zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung über das Projekt "Soziale Stadt" ein. Die Veranstaltung findet am 21. November 2002 um 19 Uhr 30 im Hotel Kaiser (Rheinstr. 128) statt.

Grundlagen, Aktivitäten und Planungen zur "Sozialen Stadt" werden durch Herrn Winde, Sachgebietsleiter Stadterneuerung im Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, Herrn Stahlhut, Quartiersmanager (Stadtteilmanager) für das Sanierungsgebiet "westliche Südstadt", und Herrn Pastor Ewald, Sprecher des vom Rat der Stadt eingesetzten Stadtteilbeirates, in Vorträgen verdeutlicht. Im Anschluss an die Vorträge werden Fragen zur "Sozialen Stadt" beantwortet.

Herr Winde wird über Beantragung, Genehmigung, Hintergründe und Ursachen der Sanierungsmaßnahme "westliche Südstadt", die vom Bund und dem Land Niedersachsen in das Förderprogramm "Soziale Stadt" aufgenommen wurde, berichten. Er wird die genehmigten Fördermittel von Bund/Land, der Europäischen Union und andere Fördermittel sowie die von der Stadt hierzu erforderlichen Mittel ansprechen. Außerdem wird er den Planungszeitraum des Projektes, mögliche vorgezogenen Maßnahmen, die Erstellung der mit dem Projekt "Soziale Stadt" vorge-

schriebenen Planungsdokumente "soziales und investives Quartiersentwicklungskonzept" und das daraus zu erstellende "integrierte Handlungskonzept" mit Kosten- und Finanzierungsübersicht der Gesamtmaßnahmen des Projektes "Soziale Stadt" erläutern.

Mit der im November 2001 vom Rat der Stadt verabschiedeten Satzung wurde mit Referenz auf entsprechende Paragraphen des Baugesetzbuchs festgelegt, dass alle Grundstückseigentümer der "westlichen Südstadt" nach Abschluss der Maßnahmen einen sogenannten "Sanierungsmehrwert" pro Quadratmeter des Grundstückes zahlen müssen. Herr Winde wird über Einzelheiten des Verfahrens zur Ermittlung des Mehrwertes, und wer von der Stadt zur Wertermittlung beauftragt wurde, berichten.

Herr Stahlhut wird eine Übersicht über das Quartiersmanagement des Projektes "Soziale Stadt" und über seine Aufgaben als Quartiersmanager geben. Weiter wird er über seine bisher erfolgten und geplanten Aktivitäten im Rahmen der aufgezeigten sozialen

Defizite in der "westlichen Südstadt" berichten. Der Quartiersmanager ist in selbständiger Funktion bei der von der Stadt beauftragten Sanierungsträgerin "Jade Wohnungsbau-gesellschaft mbH" angestellt. Er wird daher auch über die von der Stadt beauftragten Aufgaben der Sanierungsträgerin im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt" berichten.

Herr Ewald wird als Sprecher des Stadtteilbeirates über Aufgaben, Zusammensetzung und die Einbettung des Stadtteilbeirates in das Quartiersmanagement des Sanierungsgebiets "westliche Südstadt" berichten und die vom Stadtteilbeirat eingesetzten Arbeitsgruppen ansprechen. Hierbei werden die Aufgaben und die Ziele des Stadtteilbeirates und der Arbeitsgruppen benannt. Außerdem wird er über die bisherigen Arbeiten und die geplanten Ziele des Stadtteilbeirates berichten.

Die Initiative "Mündige Bürger Wilhelmshaven" wurde im Dezember 2001 gegründet. In ihr haben sich BürgerInnen zusammenschlossen, die u.a. auch zum Ziel haben, Entscheidungen von Rat und Verwaltung der Stadt durch Informationsveranstaltungen für die Bürger transparenter zu machen. Die Initiative MBW hat sich für ihre Arbeit einen Leitfaden erstellt. Interesse geweckt? Dann bitte Kontakt unter:

"Mündige Bürger Wilhelmshaven" (MBW),
Postfach 1934, 26359 Wilhelmshaven;
E-mail: MB-WHV@gmx.de

Nachhaltiger Druck

Der Stadtelternrat will auch in seiner neuen Amtsperiode aktiv für die Interessen der SchülerInnen eintreten

(noa) "Etwas mehr Zeit für den Unterricht", freute sich die "WZ" am 10. Oktober. 26 LehrerInnen wurden zum Schuljahrsbeginn in Wilhelmshaven neu eingestellt, wodurch sich die Unterrichtsversorgung von 97,4 im Februar auf 98,3 % gesteigert hat.

Das ist natürlich erfreulich, aber immer noch sehr, sehr weit entfernt von dem, was nötig wäre. Es geht nicht um die bis zu einer 100-%igen Lehrerstundenversorgung fehlenden 1,7 %, sondern um die Frage, was eine Versorgung von 100 % wäre. Die wird erreicht, indem die vorgesehenen Stunden- und LehrerInnenzahlen einer Schule und die Anzahl der zur Verfügung stehenden LehrerInnenstunden in Beziehung zueinander gesetzt werden, sagt aber nichts darüber aus, ob der Unterricht in einer ganz bestimmten Schule für die dort betreuten Kinder oder Jugendlichen ausreichend und angemessen ist. Noch viel weniger sagt diese Zahl etwas darüber aus, wie die Schulen baulich und mit Unterrichtsmaterial ausgestattet sind.

Da ist ein reger Stadtelternrat wichtig. Im Oktober hat sich der neue Stadtelternrat konstituiert. Bernd Rahlf ist erneut zum Vorsitzenden gewählt worden, wenn er auch mittlerweile nicht mehr von einer Grundschulleiterschaft delegiert ist, sondern in die Orientierungsstufe aufgestiegen ist. Weiter stehen dem 23köpfigen Gremium Barbara Wippich, Norbert Schneider, Kai Esker und Astrid Zaage vor.

Sie nennen als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in den kommenden zwei Jahren die finanzielle Ausstattung der Wilhelmshavener Schulen, da nach ihrer Einschätzung in der Zukunft schwierige Zeiten auf die kommunale

Schulpolitik zukommen werden. *"Ohne eine kurz- und mittelfristige Absicherung mit städtischen Haushaltsmitteln können zukünftige Aufgaben wie die Schulraumerweiterung der Grundschule Hafenstraße und des Schulzentrums Nogatstraße für die Beschulung behinderter Kinder, die Veränderung der Schullandschaft durch die Schulreform und des Schulentwicklungsplanes, die Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit modernem Unterrichtsmaterial und die Verbesserung der Schulleistung nicht zufriedenstellend angegangen werden. Hier ist ein nachhaltiger Druck auf die Entscheidungsträger von Politik und Verwaltung notwendig!"*, teilt der StER in einer Presseerklärung mit.

Wie schon in der Vergangenheit schaut der Stadtelternrat aber auch über den kommunalen Tellerrand. Es wird auch künftig öffentliche Veranstaltungen zu schulpolitischen Themen geben, zu denen u.a. LandespolitikerInnen eingeladen werden.

Die Auftaktveranstaltung wird am 3. Dezember stattfinden. Es wird eine Informationsveranstaltung zum Thema "Ganztagsschulangebote aller Schulformen" sein, bei der ein Sprecher der Bezirksregierung referieren und Fragen beantworten wird.

Gegenwärtig gibt es in Niedersachsen 130 Ganztagsschulen. Eine davon ist die Ganztagsschule Rüsterei, die 1972 als Volksschule mit den Klassen 1 - 9 ge-



gründet wurde und seit dem Schuljahr 1991/92 ein Ganztagsangebot für Grundschulkinder macht.

In Ganztagschulen, so auch in der Grundschule Rüsterei, bekommen die SchülerInnen von Montag bis Donnerstag nach dem Vormittagsunterricht ein Mittagessen und am Nachmittag noch einmal Unterricht und/oder das Angebot der Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften. Für voll berufstätige Eltern (teile) ist die Ganztagschule eine große Erleichterung, wissen sie doch, dass ihre Kinder bestimmt beaufsichtigt und betreut werden.

Niedersachsen will im Rahmen der "Bildungsoffensive" - als Reaktion auf das schlechte Abschneiden gerade niedersächsischer SchülerInnen in der PISA-Studie - weitere Ganztagschulen schaffen, und mit Sicherheit wäre eine Erweiterung dieses Angebots auf weitere Schulformen in Wilhelmshaven gut. □

Veranstaltung des Stadtelternrates:
**Ganztagsschulangebote
aller Schulformen**
mit Herrn Temming
(Bezirksregierung Weser/Ems)
am 3. Dezember 2002 um 19.00 Uhr
in der Aula des Gymnasiums am
Mühlenweg (Mühlenweg 65)

Störfeuer aus Hamburg

Das Verhältnis Wilhelmshaven - Hamburg ist schwer gestört.

(hk) Seit die Hamburger aus dem JadeWeserPort-Projekt ausgestiegen sind, sind die Beziehungen zwischen den beiden Hafenstädten auf dem Tiefpunkt angelangt. Jede Äußerung der Hamburger wird genauestens registriert und von der Wilhelmshavener Presse in der Luft zerpfückt. Gleichzeitig wird versucht, einen Keil zwischen Politik und Wirtschaft zu treiben.

Ein erneuter Höhepunkt des Grabenkrieges war die Reaktion auf einen Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. Oktober 2002. Unter der Überschrift *„Leere Terminals am tiefen Wasser - Wilhelmshaven setzt mit dem ‚Jade-Weser-Port‘ auf große Pötte - Hamburg auf Bewährtes“* setzte sich die FAZ mit den Überkapazitäten im Hafenbau und den Chancen für den Bau großer Containerschiffe auseinander. Der Autor des Artikels, Axel Schnorbus, kommt zu dem Ergebnis, dass bisher noch kein Reeder bereit sei, die großen Pötte, für die der JadeWeser-Port ja konzipiert sei, zu bauen. Ein Ergebnis, zu dem der Gegenwind in seinen Untersuchungen auch immer gelangte.

Der Artikel in der FAZ war für die WZ Anlass, zum großen Gegenschlag auszuholen. Am 5. Oktober kommentierte deren Chefredakteur Jürgen Westerhoff den Artikel: *„Jüngstes Beispiel für solche Störversuche ist ein aus Hamburg gesteuerter Aufsatz in einer Frankfurter Zeitung, die früher damit warb, dass hinter ihren Blättern immer ein kluger Kopf stecke. In dem Beitrag unter der Überschrift ‚Leere Terminals am tiefen Wasser‘ wird das Gespenst einer Investitionsruine beschworen - aber nicht mit Argumenten unterlegt.“*

Unter dem Aufmacher *„Erneut Störfeuer aus Hamburg“* zieht der stellvertretende WZ-Chefredakteur und Hafenexperte Jürgen Peters einige Tage später gegen Hamburg ins Feld. Einige Zitate: *„Hamburg gibt keine Ruhe. Der Stachel ‚JadeWeserPort‘ sitzt den Hanseaten tief im ‚Hafen‘-Fleisch. ... Im größten deutschen Hafen an der Elbe wird alles durch die dicke Hamburger Brille gesehen. ... Nach Recherchen der Wilhelmshavener Zeitung in Hamburg - wo ‚die Hamburger Hafenwirtschaft eigentlich längst hinter dem Wilhelmshavener Projekt steht‘, so ein Hafenfachmann - wird von ‚gesteuerten Berichten‘ gesprochen.“* In seinem Kommentar *„Tiefgang“* weist Peters nach, dass Hamburgs Hafen Probleme mit dem Tiefgang der Containerschiffe habe. Er schließt seinen Kommentar mit den Worten: *„Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Die Containerschiffe werden angesichts der wachsenden Weltwirtschaft größer, sie werden breiter und gehen tiefer. Dafür braucht Deutschland nun mal einen entsprechenden Hafen. Und der kann nur am tiefen Wasser liegen. Das gibt es eben nur an der Jade.“* Ob allerdings durch ständiges Wiederholen etwas richtiger wird, darf wohl bezweifelt werden.

Die darauf folgenden Nächte müssen für den WZ-Hafenexperten Peters die Hölle gewesen sein. Ihm ging doch das Störfeuer aus Hamburg nicht aus dem Kopf. Als setzte er sich hin und verfasste noch einen Kommentar, den er stolz mit *„Fakten“* überschrieb. Nach dem unvermeidbaren einleitenden Tritt gegen die Hamburger lässt er sich von Mitarbeitern der JadeWeserPort-Entwicklungsgesellschaft die Fakten liefern. Fakt 1: Die sinkenden Frachtraten haben nichts mit dem

Mengenwachstum zu tun. Fakt 2: Hamburgs Hafen kann von großen Containerschiffen nur teilabgeladen angelaufen werden. Fakt 3: Nur in Wilhelmshaven finden die ‚dicken Pötte‘ einen Wendekreis von 750 Metern. Zu viel Küstennebel!

Übersehen hat die Wilhelmshavener Zeitung wohl, dass in der Deutschen Verkehrs Zeitung (DVZ) am 6. August 2002 ein Artikel mit den gleichen Aussagen wie in der FAZ zu finden war. Einige Auszüge:

Von Bremerhaven über Shanghai bis Los Angeles gibt es fast keinen Hafen, der nicht am Ausbau der bestehenden Flächen und Umschlaganlagen tüfelt. Außerdem werden zunehmend völlig neue Hafenplätze aus dem Boden gestampft, die zwar fernab der traditionellen Ladungsmärkte, dafür jedoch am tiefen Wasser liegen. Sie sind damit auch für die bislang nur auf dem Reißbrett existierenden Jumbo-Schiffe mit Stellkapazitäten von mehr als 10 000 TEU geeignet, die wegen ihres Tiefgangs möglicherweise Häfen wie Bremerhaven und Hamburg nicht mehr anlaufen könnten.

Nach Recherchen der britischen Beraterfirma Drewry Shipping Consultants sind weltweit 59 neue Containerhäfen auf der grünen Wiese in der Planung - davon 37 mit einer Kapazität von mehr als 500 000 TEU pro Jahr. In Europa zählen die Experten 15 Neubau-Projekte, darunter auch der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. (...)

Völlig unklar ist noch, inwieweit sich das rasante Größenwachstum der Schiffe - Legitimation für viele Tiefwasserhafenprojekte - fortsetzen wird. Seit Anfang der 80er Jahre sprangen die Kapazitäten der Frachter von 1000 TEU auf heute mehr als 8000 TEU. Zu den größten Einheiten zählen die S-Class-Schiffe von Maersk Sealand, die knapp 350 m lang und 43 m breit sind. Voll abgeladen haben die Schiffe einen Tiefgang von rund 14,5 m - gerade noch ausreichend für die Zufahrten zu den großen Nordseehäfen Bremerhaven und Hamburg.

Die Landesregierungen Bremen und Niedersachsen gehen aber davon aus, dass bald noch größere Pötte zum Einsatz kommen. Um diesen Kolossen mit Stellkapazitäten von 12 000 TEU und mehr noch eine Anlaufmöglichkeit in der Deutschen Bucht bieten zu können, soll in Wilhelmshaven am tiefen Wasser der Jade-Weser-Port entstehen. Vier Großschiffsliegeplätze auf einer Länge von 1725 m umfasst der Entwurf.

Das fast 800 Mio. EUR teure Vorhaben, für das noch private Co-Investoren gesucht werden, wird derzeit auf das Planfeststellungsverfahren vorbereitet. Glaubt man allerdings Experten der Schiffsklassifikationsgesellschaft Lloyd's Register (LR), so werden für die Abfertigung der neuen Mega-Carrier gar keine neuen Tiefwasserhäfen benötigt. *„Die Schiffe werden so konstruiert sein müssen, dass sie in die bestehenden Häfen passen“*, ist David Tozer, Business Manager im Containerschiffsbereich bei LR, überzeugt. Dass das technisch möglich ist, haben er und seine Kollegen mit einem Design für ein 12 500 TEU-Schiff bewiesen, das bei 400 m Länge und 57 m Breite einen Maximaltieftgang von nicht mehr als 14,5 m aufweist.

Bislang konnte sich nur noch keine Reederei zu einem solchen Kraftakt hinreißen lassen. *„Letztes Jahr standen wir kurz davor, das De-*



Im Zuge der Planungen zum JadeWeser-Port kommt es immer wieder zu Störfeuer aus Hamburg. In Wilhelmshaven hat sich eine Arbeitsgruppe mit dieser Problematik befasst und die folgenden Maßnahmen eingeleitet:

- ☞ Ab sofort dürfen im Stadtgebiet keine Hamburger mehr angeboten werden. Die Neubenennung obliegt dem Handel. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, die Hackfleischbrötchen künftig Niemann zu nennen
- ☞ Die Hamburger Straße wird in Niemann Straße umbenannt.
- ☞ Alle WilhelmshavenerInnen sind aufgefordert, ihre Verträge bei der Hamburg-Mannheimer-Versicherung und der Hamburg-Münchener Krankenkasse umgehend zu stornieren.
- ☞ Der Wohnungsbaugesellschaft Jade wird der Stadtorden am Bande verliehen, weil sie in vorausschauender Art und Weise dafür gesorgt hat, dass die Wilhelmshavener Traditionsgaststätte Hamburger Eck dem Erdboden gleich gemacht wurde.
- ☞ Schiffen, die den Namen Hamburg tragen, wird ein Einlaufverbot für den Wilhelmshavener Hafen erteilt. Das gilt auch für die Bundesmarine!
- ☞ Der für Kultur zuständige Stadtrat Dr. Jens Graul erarbeitet eine Liste der Lieder, die ab sofort bei Kurkonzerten und anderen Veranstaltungen im Stadtgebiet nicht mehr gespielt werden dürfen. Es handelt sich dabei um Lieder wie *„Hamburger Deern“* oder *„Hamburger Veermaster“*.

sign an eine große chinesische Reederei zu verkaufen“, verrät Tozer. „Doch wegen des Preisseinbruchs auf dem Frachtenmarkt platzte das Vorhaben.“

Als die Frachtraten Mitte 2001 im Zuge der Konjunkturabkühlung ins Purzeln gerieten, mussten viele Linienendienste schmerzhaft feststellen, dass große Schiffe in Krisenzeiten zu einer schweren Hypothek werden. Denn besonders große Tonnage rentiert sich nur auf besonders langen und volumenträchtigen Strecken wie dem Europa-Fernost-Verkehr. Wenn die Transportnachfrage in diesen Relationen nachlässt, stehen viele Jumboschiffe mangels Alternativen beschäftigungslos da.

Drewry-Direktor Page glaubt deshalb, dass die Industrie ihre Einschätzung über Kosten und Nutzen der Mega-Carrier weitgehend revidiert hat. *„Es gibt wahrscheinlich nur drei große Reedereien, die sich überhaupt für solche Riesencontainerschiffe entscheiden würden.“* Wohl und Wehe der designierten Tiefwasserhäfen hingen demzufolge von einem äußerst begrenzten Kundenkreis ab.

Schon jetzt dürfte klar sein, dass für die geringe Zahl der zu erwartenden Containerriesen nicht Dutzende neuer Umschlagplätze nötig werden.... So manchem der 59 Neubauvorhaben dürfte deshalb die Unterstützung von Investoren und Kreditinstituten versagt bleiben. Und die, die es bis zum funktionierenden Terminal bringen, werden mit den alt eingesessenen Häfen nicht nur um jeden großen, sondern auch um jeden kleinen Fisch bitter konkurrieren müssen. ☐

Jugend forscht im Rathaus

Teens ergreifen Eigeninitiative für Jugendzentren

(iz) Altenheime, Pflegeeinrichtungen und Sanitätshäuser sprießen in unserer alternierenden Stadt aus dem Boden, um gut 24.000 Einwohner zu versorgen, die 60 Jahre und älter sind. Für die vergleichsweise wenigen Jugendlichen ist das Wohlfühl-Angebot eher knapp. Einige von ihnen nehmen jetzt die Sache selbst in die Hand.

Knapp 7000 WilhelmshavenerInnen sind zwischen 10 und 17 Jahren alt. Sie brauchen und suchen ihre eigene Freizeitgestaltung, was bedeutet, vor allem mit Gleichaltrigen zusammen zu sein. Bevorzugt an einem vertrauten Ort, den sie selbst gestalten und wo sie nicht unter überzogener Kontrolle stehen.

Der Kiosk um die Ecke oder die Parkbank im Brommygrün ist nicht unbedingt der Treffpunkt ihrer Träume. Ein wetterunabhängiges Jugendzentrum mit Tischen, Kicker und anderen Spielmöglichkeiten, Getränkeangebot, möglichst viel Freiheit und etwas Aufsicht zum Anleiten und Schlichten entspricht eher ihrer Vorstellung. So in etwa schilderten uns Sarah, Kristina und Stefanie ihre Vorstellungen von einem Treffpunkt, den sie dringend wünschen und für den sie jetzt kämpfen - in einer Gruppe von etwa 25 Jugendlichen aus der Südstadt.

Neben klaren Vorstellungen zur Gestaltung haben sie auch schon konkrete Räumlichkeiten im Kopf: Das leer stehende Ladenlokal Rheinstraße 60, das vermutlich dem Gas- und E-Werk gehört. Mit Gucken und Träumen ist es aber nicht getan. Die Gruppe hat etwa 230 Unterschriften für ein Jugendzentrum in der Südstadt gesammelt; die überwiegend erwachsenen Unterzeichner haben ihnen großen Rückhalt mit auf den Weg gegeben. Die Liste haben die Jugendlichen Anfang Oktober persönlich dem Oberbürgermeister überreicht, der ihnen gleich sagte, sie dürften jetzt "keine Wunder erwarten". Wie er uns wissen ließ, wird er zunächst in seiner (noch) ehrenamtlichen Funktion erst mal sondieren, was möglich ist, ehe er den Vorgang in Politik und Verwaltung gibt.

Heimische Reviere

Angesichts der massiven Forderungen treten natürlich Fragen auf. Wie: Was ist denn mit den vorhandenen Jugendzentren? Das nächst liegende wäre das "Point", immer noch gut erreichbar der Krähenbusch. Doch dort sind die Reviere bereits abgesteckt: Im Point, beklagen die drei Aktivistinnen, halten sich fast nur ausländische Jugendliche auf.

Sie haben nichts gegen Ausländer, erwidern sie auf unsere erschreckte Nachfrage, aber im Point seien diese auf eine Art präsent bzw. würden so auftreten, dass die Gruppe von ausschließlich deutschen Jugendlichen sich dort nicht wohl fühlt. Rings um den Krähenbusch wiederum würden sich viele "Penner" aufhalten, die beim Vorbeigehen Sprüche loslassen würden, dass man vor allem bei Dunkelheit Angst bekäme.

Ob diese Ängste berechtigt sind oder nicht: Eine Gruppe von immerhin 25 Leuten, die regelmäßig gern die Freizeit miteinander verbringen - die Zahl erklärt auch die Frage, warum man sich zu Hause nicht treffen kann - möchte gern ihr eigenes Nest in Beschlag nehmen und gestalten.

Ähnlich geht es Jugendlichen im Stadtnorden, die schon seit längerer Zeit einen eigenen Treffpunkt fordern - auch dort abseits des bestehenden Freizeitzentrums. Auch sie haben (mehrere) Räumlichkeiten ins Auge gefasst, deren Nutzbarkeit die Stadtverwaltung prüfen muss.

Erledigt per Zeitablauf

Beide Gruppen waren mit ihrem Anliegen auf der Sitzung des Jugendparlamentes am 22. Oktober präsent. Malte Kirchners bissiger wie pointierter Bericht in der WZ deckt sich mit den Eindrücken unseres ebenfalls anwesenden Redakteurs. Die Kritik richtet sich zum einen gegen das Jugendparlament selbst, das abgesehen von der Absage einer geplanten Party keine handfesten Ergebnisse zu Stande brachte. Hier muss man allerdings berücksichtigen, dass gewisse Lernprozesse und vor allem eine nachhaltige Unterstützung von Rat und Verwaltung erforderlich sind, um den jugendlichen Parlamentariern zu Professionalität zu verhelfen. Etwas Zynismus sollten sie in ihrem Alter allerdings vertragen können - zum Beispiel, wenn Kirchner eine Pinnwand für Anliegen auf dem Jugendforum als "eine Art Klagemauer für Kids" bezeichnet. Andererseits kam auch das Jugendamt bzw. die Stadtverwaltung nicht so gut weg, wobei Jugendamtsleiter Klaus Jürjens sich in Selbstironie übte: "Bis wir so weit sind, seid ihr vielleicht schon aus dem Alter raus, in dem ihr einen Jugendraum benötigt". Zusammenfassend titelt Kirchner über die Wünsche der Jugendgruppen nach einem Raum zum Rumhängen: "Rumhängen werden allein die Vorhaben".

Das zu verhindern, wäre eine brandheiße Aufgabe für das Jugendparlament. Doch nach Aussage der Jugendgruppe Südstadt waren die Jungparlamentarier bisher nicht in die Problematik fehlender Jugendtreffs involviert. Die nächste Chance erhalten die Treffpunktsucher auf dem Südstadtforum am 8. November, zu dem Jürjens sie einlud. Letztlich wird es mal wieder eine Frage des Geldes sein, ob das Vorhaben von Erfolg gekrönt ist; ob 25 Jugendliche es der Stadt wert sind, Miete, Strom, Heizung und Personalkosten für die Räumlichkeiten aufzubringen. □

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Termine

Geburts- vorbereitungskurs Speziell für jugendliche Schwangere

Mit unserer Hebammen

Fragen rund um die Geburt werden
beantwortet

Jeden Dienstag 14.30 - 16.00 Uhr

Bitte beachten -

in der Danziger Str. 31

ZipfelmüZe- Kindertreff

Betreutes Spielen und Basteln

Für Kinder bis 4 Jahre

Jeden Montag 09.30 - 12.30 Uhr

Sie haben Zeit für Ihre Erledigungen -

Ihre Kinder sind in guten Händen!

Gebühr pro Std. 1,50 Euro -

Verpflegung 0,50 Euro

Handwerkszeug für Frauen

Fußböden verlegen, tapezieren etc.

den Umgang mit gebräuchlichem

Werkzeug erlernen

Jeden Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr

Gedächtnistraining für Senioren

Jeden Montag 10.30 - 12.00 Uhr

Jeden Freitag 09.45 - 11.45 Uhr

Neue Öffnungszeiten:
Café MüZe:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 17.00 Uhr

Freitag: 9.30 - 14.00 Uhr

Sonntag: 9.30 - 12.30 Uhr

Secondhandladen:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 12.30 Uhr

Dienstag: 15.00 - 17.00 Uhr

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier

Legasthenietherapie

Lese-/Rechtschreibtraining

Diagnose und Beratung

Auskunft und Anmeldung

04421 - 99 64 70

Der lange Marsch

Was Bürger erleben, die was bewegen wollen

(iz) Als Hinterbänkler im Rat kann man weniger verändern, als man selbst und die Wähler es sich vorgestellt haben. Das erkannte auch der frühere Ratsherr Rolf Frerichs, der heute lieber als einfacher Bürger in manchem Ehrenamt etwas für seine Mitbürger tun will. Dafür braucht er ziemliches Durchhaltevermögen.

Der Fall, den Frerichs uns zutrug, beinhaltet zwar wenig Revolutionäres, sondern nur ein Detail aus dem Bereich Gefahrenquellen im Straßenverkehr. Doch gerade diese "Kleinigkeit" liefert ein anschauliches Beispiel für den Kampf mit den Behörden. Die Rede ist von der "Fußgängerzone" zwischen Nordseepassage und "Rambla", im Abschnitt zwischen Parkstraße und Virchowstraße.

Am 17. Februar 2002 wandte sich Frerichs erstmals an das Amt für Öffentliche Ordnung. In seinem Schreiben schilderte er die täglichen Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung in dieser Fußgängerzone, die ansonsten nur für Radfahrer und Lieferverkehr freigegeben ist. Vor allem Kinder und alte Menschen, die die Straße überqueren wollen, sieht Frerichs dadurch gefährdet. Anders als das Falschparken im Umfeld der Passage würden diese Verstöße nicht geahndet, was er als Ungleichbehandlung wertet. Sensibilisiert ist Frerichs durch 22 Jahre Tätigkeit beim Verkehrsunfallkommando in Wilhelmshaven. Während dieser Zeit hat er "viel Traurigkeit erlebt". Druckkampeln an Schulwegen, z. B. an der Friedrich-Paffrath-Straße und der Kurt-Schumacher-Straße, wurden erst installiert, nachdem Kinder bei Unfällen durch PKW tödlich verletzt wurden: "Also, die Stadt Wilhelmshaven wurde immer erst dann tätig, wenn etwas passiert war."

Schon drei Tage später erhält Frerichs Antwort vom Ordnungsamt. Der Bearbeiter pflichtet Herrn Frerichs bei, dass "eine mehr oder weniger große Anzahl Kraftfahrzeugführer" die Fußgängerzone missachte. Die Zuständigkeit für die Kontrolle ordnet er jedoch "primär" der Polizei zu, an die er Frerichs' Schreiben bereits "mit der Bitte um weitere Veranlassung" zugesandt hat.

Vierzehn Tage später erhält Frerichs vom Leiter des 1. Polizeikommissariats schriftlich die Versicherung, "dass sich die Polizei z. Z. insbesondere mit diesem Verkehrsproblem befasst"; "in absehbarer Zeit" würde er Frerichs "unaufgefordert ... eine ausführliche Antwort" zukommen lassen.

Um die absehbare Zeit nicht ungenutzt

verstreichen zu lassen, schickt Frerichs am 3.3. einen Brief zum Thema an den damaligen Vorsitzenden des Umweltausschusses, Werner Biehl. Wohl aus eigener Erfahrung weist er darauf hin, dass die Polizei überfordert wäre, sollte sie rund um die Uhr dort kontrollieren; die Stadt solle über den Ausschuss eine geeignete Lösung suchen. Auf diesen Brief erhält Frerichs nie eine Antwort.

Mitte Juli, viereinhalb Monate nach dem Schreiben des Kriminaloberrates, erinnert Frerichs diesen schriftlich an die immer noch bestehende Gefahrenquelle, wobei er die Bedeutung der durchaus vorhandenen Verkehrszeichen erläutert. Dazu zählt, dass der zusätzlich zugelassene Fahrzeugverkehr (Lieferanten) Schrittgeschwindigkeit fahren und Fußgängern Vorrang gewähren muss. Und beendet seinen Brief wie folgt: "Die Rechtslage in diesem Bereich der Nordseepassage ist somit eindeutig. Dennoch wird dort weiter durchgefahren. Müssen immer erst Menschen zu Schaden kommen, um dann zu handeln?" Und siehe da: Am 30. Juli kann Frerichs ein persönliches Gespräch mit dem Kriminaloberrat führen. Dort erfährt er, dass die Polizei der Stadt Wilhelmshaven zwischenzeitlich ein Konzept vorgelegt hat, wie dort Abhilfe geschaffen werden kann. Frerichs hat dazu noch Ergänzungen, z. B. den Einbau von Fahrbahnschwellen auf beiden Seiten der Bahnhofstraße. Abschließend sind Frerichs und der Polizist sich einig, "dass die Stadt Wilhelmshaven dafür sorgen muss, dass die Verkehrsregelung in dem gesamten Bereich der Bahnhofstraße, also von der Virchowstraße bis zur Mozartstraße, anders gestaltet wird."

Am 4.9. fragt Frerichs wieder höflich beim Ordnungsamt nach, welche Maßnahmen die Stadt bis jetzt getroffen habe, um das Verkehrsproblem zu lösen. Die Antwort gibt er gleich selbst: "Scheinbar noch nichts", denn die Situation täglicher Ordnungswidrigkeiten sei unverändert. Frerichs: "Für mich ein Skandal." Bezugnehmend auf das Gespräch mit der Polizei weist er auf das bei der Stadt vorliegende Konzept hin und bittet um Antwort. Die kommt knapp zwei Wochen später. Dem zuständigen Sachbearbeiter ist inzwischen - sieben Monate nach dem ersten Kontakt - eingefallen, dass nicht das Ordnungsamt, sondern das Amt für Straßen, Brücken und Verkehrseinrichtungen zuständig sei. Dorthin habe er jetzt Frerichs Scheiben einschließlich Schriftwechsel mit der Polizei weitergeleitet. Immerhin wurde nun das Problem gemeinsam von Polizei, Ordnungsamt, Straßenbau und Verkehrsbehörde erörtert.

Knapp einen Monat später, am 10.10., erhält Frerichs vom Amt für Straßen usw. die ultimative Antwort: "Misslich ist die Missachtung der Regelung durch sehr viele Kraftfahrzeugführer. Man kann darüber streiten, ob es in der baulichen Gestaltung, der umfangreichen Beschilderung oder der mangelnden Kontrolle liegt." Kann man, und so lange man das tut, muss sich eben keiner zuständig fühlen. Weiter: "Fest steht jeden-

falls, dass es in den vergangenen Jahren keinen der Polizei gemeldeten Unfall eines Kfz mit einem Fußgänger gegeben hat." Da haben die Unzuständigen ja noch mal Schwein gehabt. Um Frerichs die letzten Illusionen zu nehmen, wird er abschließend belehrt: "Ihr Vorschlag beinhaltet umfangreiche bauliche Maßnahmen, ... für die 1. z. Z. keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und 2. auch keine Gewähr für mehr Sicherheit gegeben ist. Ich kann nachvollziehen, dass aus ordnungspolitischen Gründen eine Änderung evtl. geboten wäre, aus Sicherheitsgründen ist sie jedoch scheinbar nicht erforderlich."

Der schier unerschütterliche Herr Frerichs bedankt sich am 18.10. noch artig für den Brief. Vermutlich muss er sich erst im fraglichen Bereich vor ein Auto schmeißen, damit sein Anliegen begriffen wird. Nach neunmonatigem Marsch durch die Institutionen ist der Glaube des ehemaligen Polizisten an die staatliche Gerechtigkeit deutlich ins Wanken geraten: "Ich frage Sie ganz höflich", schreibt er dem Amt, "wo denn die bei dem Erörterungsgespräch vertretenen Personen von der Polizei, des Ordnungsamtes, des Straßenbaus und der Verkehrsbehörde stehen? Auf der Seite des Rechts oder des Unrechts?" □

KULTUR - KOMMUNIKATION



WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

Freitag, 1.11.

GLOOMY FRIDAY

EBM - 80's - DarkWave - event

- PARTY DES MONATS -

Freitag, 15.11.

FH-Party !

berühmt-berüchtigt-beliebt

- PARTY DES MONATS -

In Vorbereitung:

13. Dezember
The WATZLOVES
Polka-Blues'n Roll

26. Dezember
RIO REISER SONGREVUE

KLING KLANG-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLANGINFO@AOL.COM
...und DU bist dabei !

www.kling-klang-online.de



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

leserbriefe

Stellungnahme zum Leserbrief in der GEGENWIND-Ausgabe 183, Oktober 2002, des Herrn Günter Voss

Ist schon seltsam, was der Herr Günter Voss in seinem neuen Leserbrief erneut so von sich gibt. Dabei hatte ich angenommen, die Angelegenheit sei nach meinem Leserbrief in der Septemberausgabe des GEGENWINDS erledigt gewesen. Somit muss ich leider nochmals auf das Thema zurückkommen: Ich verstehe Herrn Voss wirklich nicht. Er hat in seinem "WZ"-Leserbrief vom 16.07.2002 doch nachdrücklich die Meinung von Arbeitslosen in Sachen JadeWeserPort hören wollen. Jetzt beschwert er sich per GEGENWIND-Leserbrief (Oktoberausgabe) öffentlich über meinen Antwortleserbrief, der in der Septemberausgabe des GEGENWIND abgedruckt wurde. Wollte Herr Voss in Wirklichkeit gar keine Antwort von Arbeitslosen zum Thema JadeWeserPort haben? Die Art und Weise, wie unqualifiziert Herr Voss mit gegenteiligen Meinungen umgeht, lässt darauf schließen.

Ich hatte Herrn Voss, nachdem die September-GEGENWIND-Ausgabe mit meinem Antwort-Leserbrief frisch rausgekommen war, ein Exemplar zugeschickt und bin damit seinem Wunsch, Meinungen von Arbeitslosen zu erfahren, sofort nachgekommen. In einem Begleitbrief vom 30.08.2002 hatte ich Herrn Voss freundlich geraten, er möge sich bitte auch den ausführlichen Artikel, den Jochen Martin bezüglich des JadeWeserPort ("Millionen für Illusionen") geschrieben hatte, unbedingt durchlesen.

Zusätzlich gab ich Herrn Voss den Hinweis, er möge doch mal bei der "WZ"-Redaktion nachfragen, ob noch mehrere Leserbriefe von Arbeitslosen dort vorlägen, die nicht veröffentlicht sein könnten, denn es gäbe doch sicherlich noch viele Arbeitslose mehr, die eine differenzierte Meinung zur JadeWeserPort-Meinung des Herrn Voss hätten. Wieso verschweigt Herr Voss diese Sachverhalte? Hätte Herr Voss mir nicht zum Beispiel das Ergebnis seiner vielleicht erfolgreichen Rückfrage bei der "WZ"-Redaktion kurz mitteilen können? Mich hätte das ja auch interessiert, was andere von Herrn Voss gewünschte Lesermeinungen betrifft, sofern es sie gibt. Wäre das für Herrn Voss nicht der zunächst richtige Weg gewesen, statt nunmehr im GEGENWIND einen weiteren Leserbrief loszulassen und sich öffentlich über mangelnde Antworten zu beschweren? Gleichzeitig wirft Herr Voss den JadeWeserPort-Gegnern vor, niemand würde seine Fragen beantworten ... wie passt das alles zusammen?

Auch unterstellt Herr Voss, ich hätte ihm geraten, sich bei den JWP-Gegnern zu informieren - dabei habe ich ihm lediglich anheim gestellt, er möge auch andere Informationsquellen nutzen, um sich umfassend zu informieren. Und wenn Herr Voss jetzt plötzlich behauptet, er sei sich sicher, die Arbeitslosen, für die oder deretwegen ich mich als Vor- mund (wie kommt Herr Voss eigentlich auf einen solchen Unsinn ???) eingeschaltet hätte, wüssten, was gemeint ist, fragt man sich doch zwangsläufig, warum Herr Voss dann zuvor öffentlich um die Meinung von Arbeitslosen zum JadeWeserPort nachsuchte ... Mag ja sein, dass Herr Voss den GEGENWIND und meinen Brief gelesen hat. Angesichts seines jetzigen GEGENWIND-Leserbriefes habe ich aber meine Zweifel, ob er das alles auch inhaltlich versteht, was er so hört und liest ... es hätte wahrscheinlich auch gar keinen Sinn, Herrn Voss mal vorzurechnen (und eine solche Berechnung hat Herr Voss, so wie es scheint, auch noch nicht vorgenommen), in welchem Verhältnis die von ihm genannte Zahl von 200 Arbeitsplätzen zu den Investitionskosten des JadeWeserPorts stünden: Ca. 1,5 Milliarden DM für 200 Arbeitsplätze ergeben einen Aufwand von 7,5 Millionen DM für einen Arbeitsplatz. In welchem Verhältnis dazu müssten wiederum die Kapitalerträge eines betriebsbereiten JadeWeserPorts stehen und wo verbleiben dann diese Kapitalerträge- bzw. -gewinne, und welchen Nutzen haben die Stadt Wilhelmshaven und die Wilhelmshavener Bevölkerung davon? Insoweit beziehe ich mich auf meinen bereits abgedruckten GEGENWIND-Leserbrief (August 2002) - sicherlich könnte zum Beispiel Jochen Martin dem Herrn Voss bessere und dezidierte Auskünfte geben, falls es überhaupt was nutzt bei Herrn Voss. Natürlich erhält Herr Voss, denn ich möchte ihn ja wirklich gern über meine Ansichten zum Thema JadeWeserPort weiter auf dem Laufenden halten, auch von diesem Leserbrief vorab eine Abschrift. Vielleicht wird er ja doch noch nachdenklich, man sollte die Hoffnung ja niemals aufgeben - das gebietet die Fairness und der Anstand. Deshalb ist mir für Herrn Voss auch dieses Porto wirklich nicht zu schade.

Hinsichtlich der öffentlichen Klage des Herrn Voss, keiner der JadeWeserPort-Gegner würde seine Fragen beantworten, halte ich es auch für sinnvoll, eine Abschrift dieses Schreibens nebst meinem an Herrn Voss überreichten Begleitbrief vom 30.08.2002 der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort zur Kenntnisnahme zu überreichen. Mal sehen, wie dieser Vorgang dort bewertet wird.

*Hans-Günter Osterkamp, Peterstraße 79,
26382 Wilhelmshaven*

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Zum Leserbrief von Günter Voss im Gegenwind 183

Sehr geehrter Herr Voss,
Ihre Hasstiraden gegen die JadeWeserPort-Gegner machen mich sehr ärgerlich. Mein Mann und ich sind als junge Menschen nach Baden-Württemberg gegangen, weil es noch nie ein Überangebot an Arbeitsplätzen in Wilhelmshaven gab. Dort haben wir 30 Jahre gelebt, gearbeitet und Geld verdient.

1998 sind wir nach Wilhelmshaven zurückgekehrt und haben unser verdientes Geld in eine Doppelhaushälfte investiert. Wir wollten zurück ans Meer. Man hat uns viel Geld für das Grundstück und das Haus abverlangt.

1999 kam dann der Hammer: kein Meer, aber "wir bauen euch einen schönen Containerhafen vor die Tür".

Ich verstehe nicht, warum Sie Menschen, die schwer und viel gearbeitet haben, verachten. Ich würde mich ja auch freuen, wenn in unserer Stadt Arbeitsplätze entstehen würden. In den vergangenen Jahrzehnten mussten die Menschen hier jedoch mehrfach hören, dass Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen und hohe Einnahmen an Gewerbesteuer fließen würden - z. B. auch beim PVC-Werk im Voslapper Groden. Unsummen an Steuergeldern wurden dort investiert. Wozu? Heute sind dort nur etwa 300 Arbeitsplätze, viele Fachkräfte wurden von außerhalb geholt, und die Gewerbesteuer fließt an den Hauptsitz der Firma, außerhalb Wilhelmshavens. Neben der sinnlosen Verschwendung von Steuergeldern wurden im Stadtnorden Natur und Umwelt zerstört, die neben den Bürgern auch der Tourismusbranche zu Gute gekommen wären.

Wenn Gertis Strandhaus zur Kantine für die Bauarbeiter des Containerhafens umfunktioniert wird, wollen Sie sich dann als Kellner bewerben? Oder meinen Sie, Sie bekommen eine der wenigen Stellen als Kranführer im Schichtdienst oder in der komplizierten elektronischen Steuerung der Umschlagsanlagen?

Sie sagen, dass Sie sich seit Jahren bei den JadeWeserPort-Gegnern informieren. Ich kenne Sie persönlich, habe Sie aber noch nie auf einer öffentlichen Veranstaltung der Bürgerinitiative gesehen. Also bleiben Sie bitte bei der Wahrheit. Ich lade Sie herzlich ein, an unseren Informationsveranstaltungen teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

*Ingeborg Haderer, Kajedeich 9a
26386 Wilhelmshaven*

Damit dürfte wohl alles gesagt sein - wir beenden hiermit die Debatte um den Leserbrief des Herrn Voss

Jonathan



Naturkost

Das ist ja
DUFTE!

Reine ätherische Öle in großer Auswahl.

Marktstr. 94, Tel. 04421/13438

Das gibt zu denken

Starker Tobak bei der Eröffnung der "Tage der Sozialpsychiatrie"

(noa) Das ist herbe: Da lädt man einen ein, der einem eine schöne Eröffnungsrede halten soll zu einer Veranstaltung, und der beschimpft einen! Dass es einen da nicht auf dem Platz hält und man mal dazwischenredet, ist doch verständlich, oder?

Die Rede ist hier von dem Eröffnungsvortrag der 1. Wilhelmshavener und Friesland-Tage der Sozialpsychiatrie am 17. Oktober, die Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner aus Bielefeld gehalten hat. Ungeteilten und ehrlich begeisterten Beifall hat er von den Psychiatrie-Erfahrenen bekommen - die Fachleute, die ihr Geld an den psychisch Kranken verdienen, hatten jedoch zu schlucken, oder sie mochten nicht schlucken und unterbrachen deshalb den Redner mit empörten Zwischenrufen. "Heimleiter sind Geiselnnehmer", viele psychisch Kranke werden aus Geldgier in Heimen festgehalten, auch wenn sie alleine leben und ihren Alltag mit ambulanter Betreuung weitgehend selbständig meistern könnten, das mussten sich die Profis anhören. Am stärksten betroffen war die Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit (GPS), nicht etwa, weil sie diesbezüglich besonders schlimm wäre, sondern weil sie in Wilhelmshaven in der Arbeit mit den psychisch Kranken (beinahe) ein Monopol hat.

Psychisch Kranke wollen arbeiten und eine soziale Bedeutung haben, und deshalb sind psychiatrische Tagesstätten "rausgeschmissenes Geld", sagte Dörner den zahlreichen Gästen. Das tut weh. Die Eröffnung der Tagesstätte der GPS in der Ebkeriege wurde seinerzeit mit der "WZ"-Überschrift "Letzte Lücke in der Versorgung psychisch Kranker geschlossen" gefeiert. Das soll jetzt teurer Unfug sein?!

Klar war schon damals allen, seien es Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige oder Fachleute, dass die Tagesstätte nicht die letzte Lücke schloss. Es gibt keinen Krisendienst in Wilhelmshaven, und auch sonst fehlt noch einiges an Angebot, um psychisch Kranken ein möglichst gutes Leben zu ermöglichen. Auch wenn alle das wissen, ist es doch "starker Tobak" (Hartmut Siefen in der "WZ" vom 19.10), den "man erst mal sacken lassen muss" (Peter Arp nach dem Dörner-Vortrag), wenn man das von einem Gast gesagt bekommt, während wir hier im kleinen Wilhelmshaven uns freuen, dass es hier doch schon (fast) alles gibt, was nötig ist.

Das psychiatrische Angebot in Wilhelmshaven

Wir haben hier seit einigen Jahren eine Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie. In einem Notfall muss man nicht mehr nach Oldenburg ins Landeskrankenhaus Wehnen, dessen Nennung besonders bei älteren Kranken ein Schaudern verursacht. Für die Zeit nach dem Krankenhausaufenthalt gibt es bis zu einem halben Jahr psychiatrische Krankenpflege zu Hause als Krankenkassenleistung, danach, falls weitere Betreuung nötig und erwünscht ist, das "betreute Wohnen" durch die GPS bzw. die psychosoziale Betreuung durch die Freien Sozialen Dienste Friesland (entweder auf Kosten des Sozialamtes oder aus dem eigenen Geldbeutel). Seit Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes ist es jetzt etwas leichter, eine Psychotherapie zu machen - wobei zahlreiche Inte-

ressierte berichten, dass sie Wartezeiten bis zu anderthalb Jahren in Kauf nehmen müssen.

Arbeiten können psychisch Kranke bei der ARTEC im TCN in Roffhausen, die von der GPS betrieben wird. Wer im Prinzip dorthin will, aber noch nicht fähig ist, einigermaßen regelmäßig ein Mindestmaß an Leistung zu erbringen, kann in die schon genannte Tagesstätte der GPS gehen. Wohnen können die, die in der ARTEC arbeiten oder bei der Tagesstätte angemeldet sind, in einer von der GPS betreuten Wohngemeinschaft. Alle haben außerdem jederzeit die Möglichkeit, beim Sozialpsychiatrischen Dienst ein Gruppenangebot wahrzunehmen oder einfach so hinzugehen.

Weiterdenken

All das ist wichtig, und verglichen mit Zeiten, in denen psychisch Kranke jahrelang, z.T. lebenslang weggesperrt wurden, ein riesiger Fortschritt, auf den alle, die daran mitgewirkt haben und noch mitwirken, stolz sein dürfen. Aber es ist noch lange nicht genug. Die ARTEC bietet leider nur wenig verschiedene Arbeitsmöglichkeiten, und wer wirklich weder in der Hauswirtschaft noch in der Kabelkonfektion arbeiten möchte, findet in Wilhelmshaven eben keinen geschützten Arbeitsplatz. Und wer unter den ergotherapeutischen Angeboten in der Tagesstätte nichts für sich findet, wird seine Zeit dort nicht als Vorbereitung einer Tätigkeit bei der ARTEC nutzen können.

Kein Konzept ist so gut, dass man nicht jederzeit darüber nachdenken sollte, ob es verbessert werden kann oder sogar, ob es noch angemessen ist. Dörners herbe Schelte war notwendig, um alle die, die im psychiatrischen Feld arbeiten, aufzurütteln und zum Denken anzuregen. Dörner selber hat vor seiner Pensionierung als Leiter einer psychiatrischen Klinik gewagt, weit über seinen beruflichen Rahmen hinaus zu denken und Utopien zu entwickeln. Er hat zusammen mit seinen MitarbeiterInnen in jahrelanger Arbeit alle LangzeitpatientInnen in ein mehr oder weniger eigenständiges Leben mit Arbeitsmöglichkeit je nach Fähigkeit entlassen und mit der Gründung des Psychiatrie-Verlages Arbeitsplätze für Psychiatrie-Erfahrene geschaffen. Als dieser Verlag anfang, zu sehr marktorientiert zu arbeiten und aufhörte, behindertengerechte Arbeitsplätze vorzuhalten, initiierte er einfach die Gründung eines anderen Verlages, bei dem psychisch Kranke arbeiten können*.

Die Energie dafür, Utopien wenigstens teilweise zu verwirklichen, setzt Mut zur Selbstkritik voraus. Da sollte man sich als Heimleiter oder -betreiber schon mal fragen, ob es wirklich in Ordnung ist, Leuten das Bleiben nahe zu legen, die den Schritt in ein weniger betreutes Wohnen wagen wollen, oder ob das nicht tatsächlich einer Geiselnahme nahe kommt.

Acht Tage nach der Schelte durch Dörner hat die GPS eine neue Wohnstätte, diesmal

für geistig und körperlich behinderte Menschen, eingeweiht. GPS-Geschäftsführer Dr. Dieter Warning wandte sich bei dieser Gelegenheit entschieden gegen Dörners provokanten Auftritt in der Woche zuvor. "Mit einer Geiselnahme habe die Arbeit der Betreuungskräfte nichts zu tun", zitiert ihn die "WZ" vom 26. Oktober. Da hat der Denkprozess wohl noch nicht eingesetzt. □

*Gemeint ist der Verlag Jakob von Haddis im Förderkreis Wohnen - Arbeit - Freizeit e.V. In diesem Verlag ist u.a. das Buch "Ende der Veranstaltung. Anfänge der Chronisch-Kranken-Psychiatrie", herausgegeben von Klaus Dörner, erschienen. Es ist denen zu empfehlen, die sich für Möglichkeiten der Integration psychisch Kranker interessieren und es auch wagen wollen, Utopien zu verwirklichen.

Grüne fordern Klarheit über Finanzen für Tiefwasserhafen

Klarheit über das Finanzierungskonzept der Landesregierung für den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven fordern die niedersächsischen Landtagsgrünen. Mit einer parlamentarischen Anfrage verlangt der hafenpolitische Sprecher Hans-Jürgen Klein Auskunft über die Kostenkalkulation und den jeweiligen Finanzbetrag, der von der Privatwirtschaft, der Stadt Wilhelmshaven, dem Bund und von den Ländern Bremen und Niedersachsen dafür erbracht werden soll. Insbesondere möchte der Grünen-Politiker wissen, wie die Landesregierung ihren Beitrag erbringen will und ob auch beabsichtigt ist, am Hafenbau festzuhalten, wenn entgegen aller bisherigen Empfehlungen und Bekenntnisse kein nennenswerter privater Finanzierungsbeitrag zustande kommt.

Klein fordert weiterhin den Wechsel zur privaten Finanzierung von Hafenbau-Investitionen. "Die finanziellen Grundlagen des Projektes müssen auf den Tisch. Die Schwebesituation, in der es immer wieder nur markige, aber nichtssagende Erklärungen gibt, muss beendet werden", sagte der Grünen-Politiker. Er forderte die Landesregierung auf, endlich "Butter bei die Fische" zu tun.

Hintergrund der grünen Skepsis ist die jüngst ausgesprochene endgültige Weigerung der Eurogate-Gruppe, sich an den Kosten des Containerterminals IV in Bremerhaven zu beteiligen. Zur Begründung hieß es, Hafenbau sei Sache der öffentlichen Hand. Eurogate soll bekanntlich den künftigen Jade-Weser-Port betreiben und galt bisher als "heißes Eisen" im Feuer der Landesregierung für einen privaten Finanzierungsanteil.

"Nach dem Ausstieg Hamburgs, der inzwischen sehr zweifelhaften Entwicklung zu größeren Tiefgängen bei den Schiffen und der deutlichen zeitlichen Prioritätensetzung der Bremer zugunsten der eigenen Bremerhavener Hafenbauprojekte wäre der Ausfall der 50%-igen Privatfinanzierung ein weiterer Punkt, an dem die Landesregierung an selbstgesetzten Voraussetzungen scheitert", bilanziert Klein und fordert deshalb die Neubewertung des gesamten Projektes.



vom 16. Oktober 2002

xxx Unzumutbar sind nach Einschätzung von Ratsherr Tjaden (WALLI) die Zustände in der Methadon-Abgabestelle. Die befindet sich derzeit in der ehemaligen Schlachthofkneipe an der Luisenstraße. Tjaden wollte in einer Kleinen Anfrage herausfinden, ob es in absehbarer Zeit eine neue Abgabestelle in der Stadt geben würde, die zentral liegt, in gutem baulichen und hygienischen Zustand und vor allem heizbar sein müsse - im Unterschied zur derzeitigen Übergangslösung. Laut Stadtrat Stoffers liegt es allein bei der Kassenärztlichen Vereinigung, die Methadonabgabe sicherzustellen. Bis heute konnten nicht genügend niedergelassene Ärzte für die Vergabe gewonnen werden. Die Ärztevereinigung sieht umgekehrt eine Mitverantwortung der Stadt im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Stadt stellt derzeit "ohne rechtliche Verpflichtung" die Räumlichkeiten zur Verfügung; der Fachbereich Immobilien konnte bislang keine bessere Immobilie ausfindig machen. Zwei Ärzte sind mit der Durchführung der Vergabe beauftragt, was momentan täglich etwa eine halbe Stunde für 20 Substituierte in Anspruch nimmt. Das Gesundheitsamt stellt den Nutzern Materialien für die Reinigung der Räume zur Verfügung, die sie selbst übernehmen. Laut Stoffers ist die Hygiene und auch die Beheizung (Heizlüfter) sichergestellt: "Aufgrund des geschilderten Sachverhalts werden die Vorwürfe der WALLI, wonach die Zustände vor Ort nicht tragbar sind, zurückgewiesen ... Sofern die Kommunalpolitik eine Mitverantwortung der Stadt sieht, könnte ggf. eine Dauerlösung hinsichtlich der Räumlichkeiten ... im Rahmen des Projekts "Soziale Stadt" erarbeitet werden." Von uns erhält Tjaden, weil er die Probleme einer wenig beachteten (und oftmals verachteten) Randgruppe im Rat thematisierte,☆☆☆☆.

xxx Der Campingplatz am Geniusstrand wird den Nutzern bekanntlich nur noch befristet zur Verfügung stehen. Um das Planungsverfahren für den JadeWeserPort nicht zu behindern, sollte der Rat jetzt die Kündigung der Nutzungsverträge beschließen. Man rechnet für Mitte 2004 mit der Beschlussreife. Die Flächen müssten dann rechtlich zur Verfügung stehen, damit die Bauleitplanung wirksam werden kann. Ratsherr Tjaden sah das anders: Bei einem halben Jahr Kündigungsfrist sei noch genug Zeit, zu kündigen, wenn die Umsetzung der Hafenplanung konkret sei. Mit der Antragstellung sei voraussichtlich erst für 2005 zu rechnen. Eine Gruppe Wilhelmshavener hatte Camper und Gewerbebetriebe zu den Schließungsbestrebungen von Rat und Verwaltung befragt. Schätzungsweise 3 Millionen Euro Umsatz bringen die Nutzer der etwa 900 Plätze den Geschäftsleuten der Stadt jährlich ein. Auch FDP-Ratsherr Schade-waldt warnte vor vorzeitigen Abwanderungen entmutigter Camper: Sinke die Belegung unter 500 Plätze, würde das Ganze ein Zusatzgeschäft.

Tjaden: "Einen solchen Campingplatz werden wir in Wilhelmshaven nicht wieder schaffen

können." Um einen Alternativstandort bemüht sich derzeit Stadtrat Frank. Er hat mehrere Grundstücke in Aussicht, die daraufhin geprüft werden, ob sie bestehenden Schutzvorschriften nach der Baunutzungsverordnung genügen. Um Spekulationen der derzeitigen Eigner vorzubeugen, wollte er die Grundstücke nicht in öffentlicher Sitzung benennen. Im Übrigen wolle er, so Frank mit Blick auf Tjaden, nicht in jeder Sitzung neu über den JadePort diskutieren. Tjaden kassierte von mehreren Seiten Klassenkeile, weil er als einziger gegen die Hafenplanung ist. Von den Zuschauern hingegen erhielt er Applaus. Die Ratsmehrheit beschloss, das Vertragsverhältnis zwischen Bund und Stadt sowie Stadt und WPG über die Camping- und Parkplatzflächen Geniusdeich fristgerecht zum 31.12.2003 zu kündigen. Bis zum tatsächlichen Baubeginn soll jährlich geprüft werden, ob die Nutzung über eine weitere Saison möglich ist.

xxx "Ist" und "Soll" sind zwei Begriffe aus dem Rechnungswesen. Grammatikalisch sorgten sie für eine halbstündige Debatte um einen zweizeiligen Antrag der FDP-Fraktion: "Der Rat möge beschließen: Die Verwaltung wird aufgefordert, rechtzeitig eine Haushaltssatzung und einen Haushaltsplan für das Jahr 2003 vorzulegen". Die Mehrheitsfraktion konnte den Antrag nicht einfach vom Tisch wischen, galt es doch den versteckten Vorwurf auszuräumen, sie und die Verwaltung würden ihre Hausaufgaben nicht ordentlich erledigen. Spitzfindig entdeckte Stadtrat Frank ein fehlendes Wörtchen in der Begründung zum Antrag. "Gemäß § 84 NGO ist die Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr zu erlassen und gemäß § 86 spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Kommunalaufsicht vorzulegen", hatte die FDP aus der Nds. Gemeindeordnung zitiert. Frank fehlte im 2. Halbsatz ein "soll". Tatsächlich steht unter § 86 NGO: "Die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung ist mit ihren Anlagen der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen. Die Vorlage *soll* spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen." "Vorlage *soll* erfolgen" bedeute im Juristendeutsch (im Unterschied zu "ist vorzulegen") eine Kann-Bestimmung. Und so wird die Verwaltung auch für 2003 die Satzung erst zu Beginn des Haushaltsjahres vorlegen, wie, so Frank, "alle Städte, die mit einem Haushaltsfehl rechnen". Für die CDU sicherte Ratsherr Molitor der FDP "vorbehaltlose Unterstützung" zu: "Wer diesem Antrag nicht zustimmt, nimmt Unklarheiten in Kauf!" Sein Fraktionschef Reuter forderte, die rechtzeitige Abgabe solle die Regel sein, die spätere die Ausnahme, die nicht zur Regel werden solle. Der versprochene Nachtragshaus-

halt sei nie vorgelegt worden, dafür ständig Nachbewilligungen, die dem Rat keinen Gestaltungsspielraum mehr ließen, da die Auswahl selektiv durch die Verwaltung erfolge. Für von Teichman ist es "das vornehmste Recht des Rates, über die Finanzen zu entscheiden - also über die Gelder der Bürger." Trotz alledem wurde der Antrag mit knapper Mehrheit von SPD und Bündnisgrünen abgelehnt.

xxx Der städtische Müllberg muss neu organisiert werden, da die Nutzung der Deponie Nord am 1.6.2005 ausläuft. Im Bereich der früheren Deponie im Rüstringer Groden soll deshalb ein "Abfallwirtschaftlicher Logistikstandort mit Wertstoffhoffunktion" geschaffen werden. Die FDP-Fraktion wollte dazu allerdings erst Alternativen vorgelegt haben, "da es möglicherweise preiswertere Lösungen gibt, z. B. Mitnutzung der Abfallsortieranlagen Frieslands", um weitere Mehrkosten für die Bürger zu vermeiden. Auch zu diesem Thema erhielt sie Unterstützung seitens der CDU. SPD-Neumann hingegen wettete los: "Das kann's doch wohl nicht sein!", dass dann halbvolle Müllwagen oder auch Bürger mit dem PKW aus Wilhelmshaven nach Wiefels fahren müssten, um den Müll loszuwerden. Prof. Reuter ermunterte ihn, die Begründung zum Antrag noch mal zu lesen; nach mehreren Ehrenrunden vermutete er sogar, Neumann hätte es "auf den Ohren" - niemand hätte behauptet, es solle ab 2005 gar keinen Müllsammelplatz mehr vor Ort geben. Nachdem Neumanns Kollege Norbert Schmidt erläutert hatte, man müsse erst die vorgelegte Änderung des Bebauungsplans für den Rüstringer Groden verabschieden, ehe man überhaupt Alternativen prüfen könne, entschloss sich die CDU, den FDP-Antrag gemeinsam mit der Mehrheitsfraktion abzulehnen.

xxx König Fußball war Inhalt einer über- und außerplanmäßigen Nachbewilligung. Über 1,2 Millionen Euro sollte die Stadt noch innerhalb der laufenden Saison in das Servicegebäude des SVW-Stadions investieren. "Der Erwerb sichert die bisher investierten städtischen Mittel ab." Ach so. Wer A sagt, muss auch B sagen. "Das unternehmerische Engagement beim Bau des Stadions hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt." Pleiten, Pech und Pannen. Die Mittel sollten u. a. aus Minderausgaben bei der Straßenunterhaltung, ÖPNV-Förderung und beim städtischen Schuldenabbau gedeckt werden. Die Verwaltungsvorlage wurde ohne Aussprache einstimmig vom Rat abgelehnt. Schlicht und einfach, weil mit den Betreiber-gesellschaften des Stadions noch keine Einigkeit erzielt worden war.

Die Darsteller und ihre Rollen:

Eberhard Menzel - Oberbürgermeister, Ratsvorsitzender

Siegfried Neumann - SPD, Fraktionschef

Dr. Michael von Teichman - FDP, Fraktionschef

Prof. Günter Reuter - CDU, Fraktionschef

Joachim Tjaden - Wilhelmshavener Alternative Liste (WALLI), Einzelkämpfer

Wolfgang Frank

Jens Stoffers

Jens Graul

Stadträte

sonstige Ratsmitglieder - Komparsen